
FDP Hanau

BEZAHLBARES WOHNESGENTUM AUCH IN BOOMREGIONEN MÖGLICH

20.04.2018

FDP fordert Freibetrag bei Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie. Somit können mehr Bürger von städtebaulichen Initiativen wie dem ersten Bauabschnitt des Pioneer Areals profitieren.

Die eigenen vier Wände bedeuten gelebte Freiheit und finanzielle Sicherheit. Sie ermöglichen mietfreies Wohnen und sind ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Altersvorsorge. Aber trotz wirtschaftlich robuster Lage und des historisch niedrigen Zinsumfeldes, liegt die Wohneigentumsquote in Deutschland bei geringen 45%. Somit bildet die Bundesrepublik Deutschland das Schlusslicht in der Europäischen Union.

Alleinlebende und junge Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen haben es insbesondere in Ballungsräumen schwer, den Traum vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung zu verwirklichen und somit Eigentum zu bilden. Dies liegt mitunter an den hohen Erwerbsnebenkosten, von denen wiederum ein Großteil auf die Grunderwerbsteuer entfällt. Diese Erwerbsnebenkosten müssen in der Regel aus dem Eigenkapital aufgebracht werden und können von vielen Bauherren nicht finanziert werden.

Um den "Startschuss" für eine "Eigentümergebung Deutschland" zu geben, müsste ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer eingeführt werden, fordert die Bundestagsfraktion der FDP in einem Antrag vom 17. April 2018.

In Hanau hat diese Woche der Verkauf des ersten Bauabschnitts des Pioneer Areals begonnen. Hier vermarktet die Sparkasse Hanau Wohnungen exklusiv für Selbstnutzer der Immobilie zu für die Rhein Main Region vergleichsweise günstigen Konditionen. Mit einem Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie würden für dieses Angebot deutlich mehr Bürger in Frage kommen.

In der Maiausgabe des Wirtschaftsmagazins Capital wurde die Stadt Hanau in das

Ranking der Top 100 Städte mit einer positiven Immobilienwertentwicklung gewählt. „Wohnraum in Hanau wird aufgrund der großen Nachfrage zukünftig teurer werden, beim Eigentumserwerb genauso wie bei der Miete“, erklärt Henrik Statz, Vorsitzender der Hanauer FDP. „Deswegen muss die Politik die positiven Effekte der Niedrigzinsphase nutzen, um mit einem Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer auch in Boomregionen wie Rhein Main mehr Menschen ins Eigentum zu bekommen.“ In den Jahren von 2005 bis 2016 haben sich die Einnahmen des Bundes aus der Grunderwerbsteuer von 4,7 Milliarden auf 12,4 Milliarden mehr als verdoppelt, während im gleichen Zeitraum die Eigentumsquote von 25 auf 17% gesunken ist. „Durch eine flexible Gestaltung von Freibeträgen bei der Grunderwerbsteuer auf Länderebene könnte zudem in Landesgrenzregionen ein Wettbewerb um die zukünftigen Häuslebauer entstehen“, führt Statz weiter aus.